

Medieninformation

Landesbeauftragter für Inklusion der Menschen mit Behinderungen

Ihre Ansprechpartnerin
Miroslawa Müller

Durchwahl
Telefon +49 351 564 10711
Telefax +49 351 564 10999

miroslawa.mueller@
sk.sachsen.de*

24.08.2016

Behindertenbeauftragte von Mitteldeutschland stellen Forderungen in der Behindertenpolitik

Joachim Leibiger: „Behindertenpolitik in Bund und Ländern vor großen Weichenstellungen“

Der Behindertenbeauftragte der Thüringer Landesregierung, Joachim Leibiger, empfing heute die Behindertenbeauftragten von Sachsen und Sachsen-Anhalt in Erfurt zu einem Arbeitsgespräch.

Im Mittelpunkt standen die aktuellen behindertenpolitischen Reformvorhaben der Bundes- und Landesregierungen. So wurde u. a. angeregt über Fragen der Inklusion in Schule, die Barrierefreiheit sowie die Stellung und Anbindung der Landes- und kommunalen Behindertenbeauftragten diskutiert. Das von der Bundesregierung geplante Bundesteilhabegesetz beschäftigte die Beauftragten ebenso wie die Zusammensetzung des MDR-Rundfunkrates.

Stephan Pöhler (Sachsen) und Adrian Maerevoet (Sachsen-Anhalt) bedankten sich für die Initiative Joachim Leibigers. Die Beauftragten forderten die Regierungen der drei Länder auf, sich beim Bundesteilhabegesetz eng im Bundesrat abzustimmen. Es dürfe „zu keiner Verschlechterung der Rechte von Menschen mit Behinderungen kommen“, so Stephan Pöhler.

Adrian Maerevoet unterstrich, dass „Menschen mit Behinderungen das zugestanden werden muss, was die allgemeine Gesellschaft sich ebenfalls genehmigt“. Zudem müssten die „Belastungen auf kommunaler Ebene für die Behindertenbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten endlich anerkannt und Vollzeitstellen statt Ehrenämter besetzt“ werden, so die Beauftragten unisono.

Gemeinsam forderten Sie die Landesregierungen auf, „Menschen mit Behinderungen als wachsender Bevölkerungsgruppe einen festen Sitz im MDR-Rundfunkrat“ zuzugestehen.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Joachim Leibiger hob die Feststellung hervor, dass „die Behindertenpolitik im Bund und in allen mitteldeutschen Bundesländern gegenwärtig vor großen Weichenstellungen stehe“. Er hoffe sehr, dass die Verantwortlichen „diese einmalige Chance nutzen und die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen nachhaltig verbessern werden“, so Leibiger abschließend.

Hintergrund:

Die Beauftragten für Menschen mit Behinderungen treffen sich einmal im Jahr zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch und stimmen sich über aktuelle Projekte und Themen in ihren Ländern ab.

Medien:

Foto: Die Behindertenbeauftragten von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt beim Arbeitsgespräch in Erfurt